

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 3. Juli 2014**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

|                              |  |
|------------------------------|--|
| Anwesend:                    | Oberbürgermeisterin Heute-Bluhm als Vorsitzende<br>Bürgermeister Dr. Wilke   |
| Stadträtinnen und Stadträte: | Berg, Böhringer, Bühler, Brogle, Claassen, Cyperrek,<br>Denzer, Escher, Ferger, Hirt, Höfler, Krauel, Krämer,<br>Kurfeß, Lusche, Matt, Obrecht (ab 17.55 Uhr), Paul,<br>Perinelli, Piorr, Rosskopf, Salinas de Huber, Schlecht,<br>Schmolinske, Simon, Vogel, Vollmer, Wernthaler        |
| Entschuldigt:                | Gula, Heuer, Jaenisch, Lacher  |
| Ferner:                      | Fachbereichsleiterin Buchauer<br>Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer<br>Fachbereichsleiterin Staub-Abt (bis 18.10 Uhr)<br>Fachbereichsleiter Kleinmagd<br>Fachbereichsleiter Schwenzer<br>Stellv. Fachbereichsleiter Adams<br>Frau Kupka<br>Herr Flick<br>Herr Parlow (bis 18.10 Uhr) |
| Urkundspersonen:             | Stadträtin Kurfeß und Stadtrat Böhringer   |
| Schriftführer/in:            | Herr Ockenfuß  |
| Beginn:                      | 17.30 Uhr  |
| Ende:                        | 18.30 Uhr  |

## **TOP 1**

### **Nachhaltige Entwicklung der Stadt Lörrach**

#### **Vorlage: 105/2014**

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik ein. Sie sagt, dass es bei der letzten Bewerbung um den deutschen Nachhaltigkeitspreis leider nur knapp nicht gereicht habe, dass man sich aber gerne nochmals bewerben wolle.

Herr Parlow erläutert anhand einer Präsentation den Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Lörrach (Anhang 1).

Die Vorsitzende dankt Herrn Parlow für den Bericht. Es müsse weiterhin an einer Zieleliste gearbeitet werden. Es werde ein Monitoring erfolgen müssen. Mittel- bis langfristig werde es von Nöten sein, dass Indikatoren die Nachhaltigkeitsaspekte auch zahlenmäßig abbilden.

Stadträtin Höfler dankt Herrn Parlow und dem ganzen Fachbereich Umwelt und Klimaschutz für den guten Bericht. Es sei wichtig, Visionen zu entwickeln. Zudem erkundigt sie sich nach der Velo-Einstellhalle.

Stadträtin Cyperrek sagt, dass ein richtiger Bericht über die Nachhaltigkeit der Stadt noch ausstehe. Diesen erwarte man mit Spannung. Ein Nachhaltigkeitsbericht dürfe nicht nur Umwelt- und Energieaspekte enthalten, sondern müsse alle Bereiche politischen Handelns darstellen. Ein solcher Bericht könne dann als gutes Nachschlagewerk dienen. Die Stadt Lörrach sei als Mittelstadt gut aufgestellt. Man erwarte aber in Zukunft Berichte zu den Themen Mobilität und Lebensraum, die nicht nur das Thema Radverkehr abbilden sowie Berichte zu dem Thema Soziales, die beispielsweise auch das Thema Senioren abbilden. Ebenso wolle sie wissen, wie es um den Aspekt der Bürgerbeteiligung stehe. Schließlich erkundigt sie sich nach einem defekten Steg im Grütt.

Stadtrat Berg sagt, dass man die Bestandsaufnahme zur Kenntnis nehme. Der Bericht an sich sei toll gestaltet, allerdings gebe er keine klare Aussage darüber ab, wo man stehe. Es fehle an Zieldefinitionen, beispielsweise bei dem Thema Energie. Im Rahmen der Maßnahmenstudie „Klimaneutrale Kommune 2050“ stelle sich die Frage, ob man Ziele in zeitlicher Hinsicht erreichen könne. Es fehle an Kennzahlen, Werten und Indikatoren, die das Maß der Zielerreichung widerspiegeln. Ein wichtiges Thema sei überdies die Versiegelung von Flächen sowie die bauliche Nachverdichtung im Innenbereich. Dem Bericht fehle es an Aussagekraft.

Stadtrat Claassen schließt sich seinem Vorredner an und bemängelt, dass es dem Bericht an Kennzahlen fehle. Bei der Erstellung des Berichts sei vorhandenes Potential nicht abgerufen worden. Er fragt, ob das Monitoring zu Beginn, während oder am Schluss durchgeführt werden solle. Der Bericht solle nicht die abschließende Maßnahme hinsichtlich des Aspektes der Nachhaltigkeit gewesen sein. Grundsätzlich sei man mit dem Bericht zufrieden.

Die Vorsitzende äußert, dass es sich lohne, das nicht Lesbare des Nachhaltigkeitsberichtes lesbar zu machen. Sie finde es sehr schade, dass die Mitglieder des Gemeinderats nicht sonderlich mit dem Bericht zufrieden seien. Natürlich fehle es dem Bericht bisher an messbaren Feinheiten, jedoch habe man mit dem Bericht eine gute Basisarbeit für weitere Maßnahmen erarbeitet. Das stetige Monitoring solle kommen, sobald der Gemeinderat dazu bereit sei, für dieses Monitoring mehr Geld auszugeben. Man wolle den neu gewählten Gemeinderat und die Bürgerschaft stark in die weiteren Entwicklungen einbeziehen. Für spezielle Gutachten und Messungen sei allerdings ein fünfstelliger Betrag nötig. Allerdings müsse man hierfür zunächst Schwerpunkte setzen.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erklärt, dass die Velo-Einstellhalle bisher tendenziell eher wenig genutzt werde. Jedoch erhoffe sie sich von einer geplanten Plakatkampagne eine steigende Nachfrage. Einen Bericht zur Thematik „klimaneutrale Kommune“ werde dem Gemeinderat im Herbst vorgelegt.

Der Vorsitzende sagt, dass die Verwaltung sich bereits um den kaputten Steg kümmere und dieser bald repariert sei.

Stadtrat Escher betont nochmals, dass die Nutzung der Velo-Einstellhalle sehr zurückhaltend angelaufen sei. Hinsichtlich des kaputten Stegs erklärt er, dass das Gremium vermehrt darauf hingewiesen habe, dass dieser häufig überspült werde. Er bitte die Verwaltung deshalb darum, etwaige Regressansprüche zu prüfen.

Stadtrat Perinelli findet, dass der Nachhaltigkeitsbericht sehr begrüßenswert sei. Wichtig sei ihm die Bürgerbeteiligung, die im Gemeinderat breit diskutiert werden müsse.

Der Gemeinderat nimmt den Nachhaltigkeitsbericht zur Kenntnis.

## **TOP 2**

### **Sondertilgung**

#### **Vorlage: 102/2014**

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik ein.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erläutert die Sondertilgung in Höhe von 1.000.000,00 Euro. Die Sondertilgung solle nicht im Kernhaushalt selbst erfolgen, da hier keine Umschuldungen anstehen und Kreditaufnahmen nicht erforderlich seien. Zudem wolle man eine Arbeitsgemeinschaft bilden, die sich verstärkt mit dem Schuldenabbau beschäftigen werde. Im Jahr 2015 solle es dann entsprechende Vorschläge zur Entschuldung geben.

Stadtrat Krämer sagt, dass die Sondertilgung natürlich sehr willkommen sei, soweit dies die finanzielle Lage zulasse.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass er die Verwaltungsvorlage sehr begrüße. Er freue sich über die positive Entwicklung und auch über die Mehreinnahmen sowie außerplanmäßigen Einnahmen. Es sei sowohl wichtig, bestehende Schulden zu tilgen, als auch in die Zukunft zu investieren. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Kurfeß gibt an, dass sie sich ebenso sehr über die positiven finanziellen Entwicklungen freue. Die Fraktion der Grünen wolle der Sondertilgung zustimmen. Schade sei es jedoch, wenn die Stadt bereits bewilligte Zuschüsse nicht abrufe. Bei gleichbleibend niedrigen Zinsen müsse man eine andere Finanzpolitik in Betracht ziehen. Sie blicke bereits gespannt auf die kommenden Haushaltsberatungen. Es sei momentan nicht unsinnig zu überlegen, wo man, in Anbetracht der günstigen Zinsen für Kredite, in Zukunft sinnvoll investieren könne.

Stadtrat Claassen führt aus, dass er sich über die Sondertilgung sehr freue. Die Forderung nach einer Tilgung der Schulden sei bereits bei den letzten Haushaltsberatungen aufgekommen. Es entstehe ein Spannungsfeld zwischen Wünschen und Notwendigkeiten und dabei müsse man immer auch den Schuldenabbau im Auge behalten. Auch die momentane Zinslage spiele dabei eine Rolle. Man müsse ein Schuldenabbau- und Kreditkonzept entwickeln.

Stadtrat Perinelli macht deutlich, dass er die Sondertilgung für gut befinde. Für die Altschulden würde noch ein anderer Zinssatz gelten. Er hoffe in Zukunft sehr auf geringere Gebührensätze für den Gebrauch der öffentlichen Einrichtungen.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Die überplanmäßige Ausgabe von bis zu einer Million Euro für eine weitere Sondertilgung im Jahr 2014 wird genehmigt.

### **TOP 3**

#### **Sachstandsbericht KONUS nach Einführung zum 01.01.2014**

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in das Thema ein.

Frau Kupka erläutert sodann in einer Präsentation den aktuellen Sachstand nach der Einführung der KONUS-Karte zum 1. Januar 2014 (Anlage 2).

Im Anschluss dankt die Vorsitzende Frau Kupka für ihren Bericht und hebt nochmals hervor, wie gut die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den örtlichen Gastronomen und Hoteliers verlaufe.

Stadträtin Höfler zeigt sich erfreut über die gute Annahme der KONUS-Karte und sagt, dass sie die Einführung der Karte zum 1. Januar 2014 für gelungen halte.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass er sich über die positive Bilanz freue. Man müsse die bisher sehr gute Arbeit fortführen. Er fragt, aus welchen Mitteln sich die Zuschüsse für die KONUS-Karten ergeben. Er betont, dass berufliche Gäste die KONUS-Karte nicht benötigen würden. Er erachte es zudem als wichtig, dass die Parksituation im Umfeld der Hotels verbessert werde.

Stadtrat Wernthaler sagt, dass die Hoteliers die KONUS-Karte sehr gut angenommen und bewertet haben. Kritik sei am hohen bürokratischen Aufwand aufgekommen, den die Einführung der KONUS-Karte nach sich gezogen habe. Vor allem die Erfassung der Touristen über ein Programm der Schwarzwald Tourismus GmbH gestalte sich als zeitaufwändig.

Stadtrat Claassen vertritt die Meinung, dass die erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden müsse. Er gehe davon aus, dass Geschäftsleute die KONUS-Karte eher weniger in Anspruch nehmen würden. Im Rahmen eines Qualitätsmanagements müsse man noch intensiver auf die Vermieter von Gast- und Fremdenzimmern zugehen.

Stadtrat Matt bedankt sich bei Frau Kupka für den Bericht. Die Zahl der Übernachtungen steige, was ein gutes Zeichen sei. In Lörrach könne man froh sein über den vorhandenen, gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr.

Frau Kupka erklärt, dass die Höhe der Zuschüsse bei 50 Prozent liege. Im vergangenen Jahr seien die Zuschüsse aus dem Tourismusbudget bezahlt worden. Es finde alle 6 Monate eine Vermietersammlung statt, die man in Zukunft sehr offen gestalten wolle. Der Erfassungsaufwand der Meldescheine sei in der Vergangenheit bereits auf ein Minimum reduziert worden. Der Besucher müsse lediglich den Vor- und Nachnamen sowie das An- und Abreisedatum angeben. Noch weniger Aufwand sei nicht möglich. Leichte Probleme gebe es noch bei Geschäftsreisenden, welche die KONUS-Karte bisher noch nicht so ausgeprägt nutzen würden. Insgesamt seien die Problemstellen allerdings überschaubar.

Stadtrat Ferger sagt, dass es sehr schade sei, dass es nur zwei Vermietersammlungen jährlich gebe. Längerfristig müsse es ein eigenes Budget für die KONUS-Karte geben. Weiterhin fragt er, ob der Beitrag für die KONUS-Karte auf der Rechnung für die Übernachtung ausgewiesen werde. Letztlich wolle er wissen, ob man nicht für einen Jahresbeitrag von 180,00 Euro unbegrenzt im gesamten KONUS-Gebiet den öffentlichen Personennahverkehr nutzen könne.

Frau Kupka erläutert daraufhin, dass der Beitrag zur KONUS-Karte auf jeder Rechnung separat ausgewiesen werde. Gäste hätten nicht die Möglichkeit, eine Jahreskarte zu erwerben. Die KONUS-Karte sei lediglich für einen Aufenthalt von bis zu 2 Monaten gültig, da man ab einem Aufenthalt ab 2 Monaten nicht mehr als Besucher, sondern schon als Einwohner gelte.

Die Vorsitzende wirft ein, dass man die Zuschüsse seinerzeit beschlossen habe, um damit den bürokratischen Aufwand klein zu halten. Die Gesamteinnahmen müsse man ohnehin

am Ende des Geschäftsjahres betrachten. Man müsse jetzt für die Akzeptanz der KONUS-Karte eintreten. Man müsse die KONUS-Karte in künftige Marketing-Strategien, beispielsweise auch in den Bereichen Messe und Werbung, stark einbeziehen.

Stadtrat Claassen fragt, ob nach den ersten Zahlen der ersten vier Monate, die Erreichung der Übernachtungszahlen auf denen die Kalkulation basiert, erreicht werden können. Zudem bringt er sein Bedauern zum Ausdruck, dass die Vermieter nicht zu einer Organisation gefunden haben, begrüßt dennoch, dass ein kontinuierlicher Kommunikationsaustausch stattfinden wird.

Frau Kupka erklärt, dass der eben vorgetragene Sachstandsbericht nur die ersten vier Monate des aktuellen Geschäftsjahres abbilde. Beginnend im Januar habe man bis in den Monat Juni rund 50.000 Übernachtungen gezählt, für das laufende Gesamtjahr erwarte man zwischen 120.000 und 130.000 Übernachtungen, die auch den Zahlen der Kalkulation entsprechen würden.

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### **TOP 4**

#### **Soforthilfe für Partnerstadt Senigallia - Flutschäden**

#### **Vorlage: 113/2014**

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Die Flut habe in Senigallia große Schäden und Zerstörung angerichtet. Die Lage sei sehr dramatisch gewesen. Die Stadt Lössach habe daraufhin gemeinsam mit den Partnern in Senigallia ein Projekt entwickeln wollen. Dieses sei nun in der Vorlage konkretisiert worden. Sie bedankt sich bei der Frauengruppe der Freien Wähler und weiteren privaten Unterstützern für die großzügige Hilfe für die Freunde in Senigallia.

Stadträtin Vollmer führt aus, dass man sowohl Glück als auch Sorgen teilen könne. Sie verbinde viele gute Erinnerungen mit der Stadt an der Adria und ist der Meinung, dass man Freunden helfen müsse. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage zustimmen. Die in der Vorlage aufgeführten 13.000,00 Euro für einen Kinderspielplatz seien ein guter Freundschaftsbeweis.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass sie sehr erfreut über die Vorlage sei. Sie finde es gut, dass die Verwaltung einen besseren Vorschlag eingebracht habe, als ursprünglich angedacht. Es sei gut, dass man erkannt habe, dass ein konkretes Projekt besser ist als lediglich ehrenamtliche Hilfestellungen anzubieten.

Stadträtin Salinas De Huber betont, dass Senigallia eine wichtige Partnerstadt für Lössach sei und dass die Fraktion der Grünen der Vorlage zustimmen wolle.

Stadträtin Brogle erläutert, dass die Fraktion der Freien Wähler sich über die Vorlage freue und dieser zustimmen wolle. Sie erzählt, dass die Fraktion bei einem Kuchenverkauf für die Partnerstadt Senigallia insgesamt 85 gespendete Kuchen verkauft habe. Insgesamt

habe man damit einen Spendenbetrag in Höhe von 1185,00 Euro eingenommen. Zudem habe man auch Keramik im Wert von rund 200,00 Euro verkauft. Auch diesen Betrag wolle die Fraktion spenden. Letztlich werde die Fraktion auch den Betrag für diverse Aufwendungen spenden, sodass insgesamt eine Spendensumme in Höhe von 1470,00 Euro an die Partnerstadt Senigallia übergeben werden könne.

Stadtrat Matt äußert seine Betroffenheit nach der schlimmen Flut in Senigallia. Die Vorlage halte er für sehr gelungen. Die Finanzierung eines Kinderspielplatzes sei ein tolles Projekt. Leider sei diese Hilfe, aufgrund des enormen Ausmaßes der Flutkatastrophe, nur eine geringfügige Unterstützungsleistung. Jedoch müsse man in einer Städtepartnerschaft in guten wie in schlechten Zeiten zusammenhalten.

Stadträtin Höfler mahnt, dass bei der Flut ein Schaden von insgesamt rund 180.000.000,00 Euro entstanden sei und, was noch schlimmer sei, man drei Tote zu beklagen habe.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt außerplanmäßig eine Soforthilfe in Höhe von 13.000,- Euro an die Partnerstadt Senigallia zum Wiederaufbau eines Spielplatzes in einem Kindergarten.

#### **TOP 5**

**Stromlieferung an städtische Abnahmestellen,  
Vergabe für die Lieferjahre 2015 und 2016  
Vorlage: 104/2014**

**sowie**

#### **TOP 6**

**Gaslieferung an städtische Abnahmestellen,  
Vergabe für die Lieferjahre 2015 und 2016  
Vorlage: 115/2014**

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik ein.

Stadtrat Krämer bittet darum, die Entscheidung über die Vergabe von Strom- und Gaslieferungen an städtische Abnahmestellen gemeinsam zu diskutieren, da man sich somit nicht zu lange mit der Thematik beschäftigen müsse. Seiner Meinung nach habe die Verwaltung bei der Vergabe derartiger Leistungen stets eine gute Arbeit geleistet. Somit wolle die Fraktion der CDU auch dieser Vorlage zustimmen.

Stadtrat Schlecht sagt, dass er die Vorlage sehr begrüße und dass er sich über den Ökostrom-Anteil von 100 Prozent sehr freue. Mit dem regionalen Anbieter habe man eine gute Wahl getroffen. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Ferger signalisiert, dass er sich über die Vorlage sehr freue. Er fragt, ob die Stadt Lörrach als Stromproduzent Sonnen- beziehungsweise Solarsteuer abführe. Ebenso wolle er wissen, ob die Stadt bei dem Kauf von Gas wisse, ob eventuell Anteile des Gases durch Fracking-Techniken gefördert werden.

Stadtrat Vogel gibt an zu verstehen, dass man sich nach einer Ausschreibung für den günstigsten Anbieter entscheiden müsse. Er wolle wissen, ob man dabei auch Anbieter ausschließen dürfe, die man, beispielsweise wegen des Verkaufs von Fraking-Gas, nicht beauftragen wolle.

Die Vorsitzende erklärt, dass man bestimmte Bedingungen für eine Auftragsvergabe in den Ausschreibungen berücksichtigen könne. Man wolle eruieren, ob beziehungsweise inwieweit der nun gewählte Anbieter Fracking-Gas an die städtischen Abnahmestellen liefert. Der Betrieb der Photovoltaik-Anlagen werde über die Genossenschaft Bürgersolar Hochrhein eG durchgeführt. Man speise auch Strom ins Netz ein. Den Eigenanteil verbrauche man selbst.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Mit der Stromlieferung an die städtischen Abnahmestellen mit Leistungsmessung in den Lieferjahren 2015 und 2016 wird die Energiedienst AG, Schönenbergstr. 10, 79618 Rheinfeldern beauftragt.
2. Mit der Stromlieferung an die städtischen Abnahmestellen mit Standardlastprofil in den Lieferjahren 2015 und 2016 wird die Energiedienst AG, Schönenbergstr. 10, 79618 Rheinfeldern beauftragt.
3. Mit der Stromlieferung an die städtischen Abnahmestellen der Straßenbeleuchtung in den Lieferjahren 2015 und 2016 wird die Energiedienst AG, Schönenbergstr. 10, 79618 Rheinfeldern beauftragt.
4. Mit der Stromlieferung an die Abnahmestellen der städtischen Schulgebäude in den Lieferjahren 2015 und 2016 wird die Energiedienst AG Schönenbergstr. 10, 79618 Rheinfeldern beauftragt.
5. Mit der Gaslieferung an die städtischen Abnahmestellen in den Lieferjahren 2015 und 2016 wird die badenova AG & Co. KG, Tullastraße 61, 79108 Freiburg i.Br., beauftragt.

## **TOP 7**

### **Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften „Hugenmatt III“ (Wohnen)**

#### **- Bericht zur kooperativen Mehrfachbeauftragung**

#### **- Aufstellungsbeschluss**

**Vorlage: 075/2014**

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in das Thema ein.

Stadtrat Escher erklärt, dass er sich über die Schaffung von neuem Wohnraum in Lörrach sehr freue. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Krauel führt aus, dass sie sich über die Erschließung des Baugebietes sehr freue. Zwar liege das Baugebiet Hugenmatt etwas abseits, allerdings bringe die Bebauung die Ortschaft näher zusammen. Rein landschaftlich liege das Baugebiet, wengleich auch etwas schattig, in einer einmaligen Lage.

Stadtrat Ferger betont, dass das Baugebiet für die Stadt ein Gewinn sei. Zwar gebe es einige problematische Aspekte, jedoch ergebe die Erschließung des Baugebiets insgesamt tolle Perspektiven für die Bürgerinnen und Bürger.

Stadtrat Denzer schließt sich seinen Vorrednern an und gibt kund, dass er sich ebenfalls sehr über die Erschließung des Baulands freue, auch wenn es dabei teilweise Probleme gebe. Problematisch sei die Nähe zur Bundesstraße, eine bestehende Hochspannungsleitung, sowie der gegen Null tendierende Gewinn für die Stadt. Umso mehr freue er sich über den neuen Wohnraum. Er fragt, wann die ersten Personen dort wohnen können.

Fachbereichsleiter Schwenzer erklärt, dass man nun zunächst in eine zweijährige Planungsphase eintrete. Daraufhin folge die bauliche Erschließung, die ebenso zwei Jahre in Anspruch nehmen werde. Man müsse insgesamt mit rund fünf Jahren rechnen, bis die ersten Bewohner ihren neuen Wohnraum beziehen können.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Information zur kooperativen Mehrfachbeauftragung zur Kenntnis.
2. Für das Gebiet „Hugenmatt III (Wohnen)“ ist entsprechend des umgrenzten Bereichs gemäß Lageplan ein Bebauungsplan mit Örtlichen Bauvorschriften aufzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB öffentlich zu unterrichten und die frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

## **TOP 8**

### **Bebauungsplan „Südlich Teichstraße - Änderung 1“**

**- Bericht über die Durchführung der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB**

**- Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB**

**Vorlage: 077/2014**

Ohne eine weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht der Verwaltung über die Offenlage wird Kenntnis genommen.
2. Dem Entwurf zur Bebauungsplanänderung „Südlich Teichstraße – Änderung 1“ einschließlich Begründung wird zugestimmt.
3. Der Bebauungsplan „Südlich Teichstraße – Änderung 1“ wird gemäß § 10 Abs. 4 BauGB als Satzung beschlossen.

## **TOP 9**

### **Bebauungsplan „Tumringerstr. Spitalstr. Teilfläche - Änderung 1“**

**- Bericht über die Durchführung der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB**

**- Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB**

**Vorlage: 078/2014**

Ohne eine weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

4. Vom Bericht der Verwaltung über die Offenlage wird Kenntnis genommen.
5. Dem Entwurf zur Bebauungsplanänderung „Tumringerstr. Spitalstr. Teilfläche – Änderung 1“ einschließlich Begründung wird zugestimmt.
6. Der Bebauungsplan „Tumringerstr. Spitalstr. Teilfläche – Änderung 1“ wird gemäß § 10 Abs. 4 BauGB als Satzung beschlossen.

## **TOP 10**

### **Bebauungsplan und Örtl. Bauvorschriften "Entenbad-Ost"**

#### **- Beschluss Offenlage**

#### **Vorlage: 086/2014**

Nach kurzer Einführung in die Thematik durch die Vorsitzende erklärt Fachbereichsleiter Schwenzer, dass es keine wesentlichen Änderungen beziehungsweise Abweichungen von den bisherigen Planungen gebe.

Stadtrat Bühler sagt, dass er sich über diesen historischen Moment freue, an dem in Lörrach endlich wieder ein Gewerbegebiet erschlossen werden könne. Er wolle wissen, ob der bestehende Straßenverlauf aufgrund der Einrichtung eines Wasserschutzgebietes verändert werden müsse und zudem fragt er, wie es um den Rückkauf des Gaba-Grundstücks stehe.

Stadtrat Schlecht befindet, dass man hinsichtlich der Ansiedlung von Gewerbe jede mögliche Chance ergreifen müsse und sich durchaus in Richtung Steinen ausdehnen müsse. Er fragt, wann mit dem Bau der ersten Gebäude begonnen werden könne.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Stadtrat Denzer erklärt, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage zustimmen wolle. Er erhoffe sich, dass innerhalb des nächsten Jahres mit den ersten Bauvorhaben begonnen werde.

Stadtrat Matt gibt an, dass er sich über die Erschließung des Gewerbegebiets freue und fragt nach dem Sachstand des Rückkaufs des Gaba-Grundstücks.

Die Vorsitzende führt aus, dass Detailfragen zum Rückkauf des Gaba-Grundstücks nur in nicht öffentlicher Sitzung beantwortet werden könnten.

Fachbereichsleiter Schwenzer rechnet damit, dass mit der Erschließung des Gebietes im nächsten Jahr begonnen werden könne. Hinsichtlich der bestehenden Straßenführung führt er aus, dass diese im Generalverkehrsplan des Landes Baden-Württemberg noch offen gelassen werde.

Stadtrat Böhringer erklärt, dass der Generalverkehrsplan im Ortschaftsrat behandelt worden sei und fragt, ob sich daran etwas geändert habe.

Fachbereichsleiter Schwenzer erläutert, dass die Landstraße L 198 im Generalverkehrsplan festgehalten wurde, die Landesregierung jedoch noch über deren Realisierung berate.

Die Vorsitzende gibt an, dass die Stadt Flächen erwerben wolle, um gegebenenfalls reagieren zu können.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend dem Bericht zur frühzeitigen Beteiligung.
2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird so verkleinert, dass die nördliche Teilfläche entfällt. Die genaue Abgrenzung ergibt sich aus der Darstellung im Lageplan.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage nach § 3 (2) BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB durchzuführen.

#### **TOP 11**

**Annahme / Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen gem.**

**§ 78 Abs. 4 GemO**

**Vorlage: 096/2014**

Ohne eine weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

#### **TOP 12**

**Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

Keine.

#### **TOP 13**

**Allgemeine Anfragen**

**Dach Grundschule Tüllingen**

Stadträtin Höfler fragt, wann das Dach der Grundschule Tüllingen repariert werde.

## **Antrag SPD-Fraktion Investitionsförderung Bereich Sport**

Stadträtin Hirt fragt, wann der Antrag zum Thema Investitionsförderung im Bereich Sport beraten werde, den die Fraktion der SPD im Mai 2014 schriftlich an die Verwaltung gestellt habe.

Die Vorsitzende erklärt, dass man darüber im Laufe der kommenden Haushaltsberatungen diskutiere.

Stadträtin Hirt weist darauf hin, dass darüber noch der Gemeinderat in der aktuellen Zusammensetzung diskutieren müsse.

Die Vorsitzende sagt, dass man in der kommenden Sitzung darüber beraten werde.

### **TOP 14**

#### **Fragestunde der Bürger**

Keine.

### **TOP 15**

#### **Offenlegungen**

##### TOP 15.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 27. Mai 2014

## **Zur Beurkundung**

Die Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: